MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe September 2023

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND TEILHABE ALS VORAUSSETZUNG FÜR DIE SICHERUNG VON DEMOKRATIE

VON DIETER ROSNER

Die Herausforderungen der letzten drei/vier Jahre sind durch Corona, Ukrainekrieg, Energiekrise und Klimawandel enorm gestiegen und die Folgen und Verstärkereffekte schlagen mit voller Wucht auf die Lebenslagen vieler Menschen durch. Als Auswirkungen der multiplen Krisen kann – manchmal wie unter einem Brennglas – eine Zunahme von sozialer Ungleichheit konstatiert werden. Immer mehr Menschen sind von Armut bedroht und mehr Menschen geraten in soziale Notlagen. Das wirkt dann wie ein „Negatives Matthäus-Prinzip“: Also nicht wie im biblischen Original „Wer hat, dem wird gegeben“, sondern „Wer nichts hat, bekommt noch weniger“ und wer schon benachteiligt ist, wird – durch Inflation, Energiepreise und Klimafolgen – noch stärker benachteiligt werden.

Folgt man einer aktuellen Zeitdiagnose von Stephan Lessenich, dann ist das alles „Nicht mehr normal“, so der Titel seines Buches. Ein großes Problem besteht darin, dass das, was Menschen in den westlichen Industrienationen als Normalität betrachten, von Voraussetzungen lebt, die heute, im Zeitalter der Umbrüche und der Transformation immer weniger gegeben sind. Und wenn die gewohnte Normalität nicht mehr trägt und die Folgen irgendwie auch nicht mehr zu ertragen sind, was tritt dann an diese Stelle, so eine Frage? Viele sehnen sich nach einem „alten Normal“ nach einem „früher“, wo vieles – angeblich – besser war.

Dieter Rosner, Referent für Jugend Familie und Soziales der Stadt Erlangen

NEUE VERTEILUNGSKÄMPFE

Die Errungenschaften, die mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates erreicht wurden, sind aber leider alles andere als gesichert. Die sozialen Versprechen des Wachstums und des Aufstiegs, die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die modernen westlichen Gesellschaften zusammenhielten und ökonomische, soziale und politische Integration vermittelten, werden zunehmend brüchig.

>> Seite 3

TERMINE

02.09.	10:00	Infostand in der Innenstadt	gegenüber P&C	
09.09.	10:00	Infostand in der Innenstadt	gegenüber P&C	
13.09.	15:00	AG 60+	Thalermühle	
13.09.	19:30	Distrikt Tennenlohe: Distriktsitzung	Schlossgaststätte, Schlossgasse 7	S. 19
16.09.	09:00	Infostand im Rahmen der Sozialmeile	Schlossplatz	S. 20
17.09.	14:00	Fancy Women Bike Ride	Langemarckplatz	S. 18
19.09.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsitzung	Kitzmann Bräuschänke, Südliche Stadtmauerstraße 25	S. 19
20.09.	18:00	Distrikt West: Wahlkampftour mit Fahrrädern	Sparkassenweiher in Alterlangen	S. 19
21.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14	S. 9
23.09.	10:00	Infostand in der Innenstadt	vor der Targobank	
24.09.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 15
30.09.	10:00	Infostand in der Innenstadt	vor der Targobank	

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende:
Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:
Fynn Geifes, Martin Prokopek
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo	17:00 - 19:00 Uhr
Di	08:00 - 11:00 Uhr
Mi	10:00 - 12:00 Uhr
Do	10:00 - 13:00 Uhr
Fr	13:00 - 15:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender:
Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail:
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo	09:00 - 13:00 Uhr
Di	09:00 - 13:00 Uhr
Mi	geschlossen
Do	09:00 - 13:00 Uhr
Fr	geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:
Christian Stiegler
(cs, presserechtlicher Verantwortlicher, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:
Stefan Barth, Philipp Dees, Katrin Hurle, Felix Klingert, Gisela Niclas, Wolfgang Niclas, Christian Pech, Sandra Radue, Dieter Rosner, Rolf Schowalter, Christian Stiegler

Druck:
Onlineprinters GmbH,Fürth

Auflage:
600 Stück

Auch wenn die Bundesregierung viele Belastungen der letzten Jahre finanziell abgefedert hat – zu nennen sind Kurzarbeitergeld, Corona-Pauschalen, Heizkostenzuschüsse, Energiepreispauschale und vieles andere mehr –, leben wir trotzdem in einer Zeit in der Reiche reicher geworden sind und Arme ärmer, in der sich soziale Gegensätze vergrößern, Polarisierungen verschärfen und Statusunsicherheiten steigen. Wir befinden uns mitten in neuen Verteilungskämpfen.

Zurzeit wird engagiert um Lösungen für die zentralen gesellschaftspolitischen Gestaltungsprobleme gerungen. Bei vielen kommt dieses Ringen, medial gefiltert und verstärkt aber als Streit und Zerstrittenheit an und die Bereitschaft, sich überhaupt auf den Gedanken einzulassen, dass, um den Status quo zu halten oder das Klima zu schützen, auch Anpassungen nötig sein könnten, - diese Bereitschaft sinkt.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, genau hinzuschauen, um zu sehen, auf wessen Schultern Belastungen aktuell verteilt werden sollen. Und es ist interessant, wer zurzeit am lautesten schreit, wenn es wie beim Elterngeld und bei der Heizungspauschale um Umverteilung, Veränderung oder Belastung geht.

Diese und andere Debatten lenken von den aus meiner Sicht wichtigeren sozialen Fragen ab und fördern Unübersichtlichkeit, und Verunsicherung – auch in der politischen Arena. Einzelinteressen stehen sich zum Teil unversöhnlich gegenüber, die Orientierung am Wohl der gesamten Gemeinschaft ist zunehmend schwerer durchzusetzen.

VERUNSICHERUNG UND ANGST FÜHREN ZU POLARISIERUNG UND DESORIENTIERUNG

Was Aufmerksamkeit erregt ist, ist meist digital beeinflusst von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, und steigert seine Wirkung durch Lautstärke und Echokammern. Viele Menschen können oder wollen die komplexen demokratisch-politischen Prozesse immer weniger verstehen und sich auf diese einlassen. Hinzu kommt eine tiefe kulturelle Verunsicherung über einen Wertewandel und veränderte Rollenbilder, die von einigen als bedrohlich empfunden werden.

Der Anspruch auf Vielfalt in unserer Gesellschaft wird zurzeit zur Projektionsfläche von Polarisierung. Ablenkungsdiskurse zu Queerness, Gender, Sprache oder Fleischkonsum sind Teil eines abwertend ideologischen Verblendungszusammenhangs, der von einer notwendigen Debatte über gelingende Integration in Vielfalt oder über die soziale Frage einer gerechten Verteilung der Krisenkosten ablenkt.

Aufmerksamkeit unterliegt Konjunkturen - gerecht sind diese nicht verteilt. Denn sonst müsste der aktuelle politische Diskurs stärker auch Kinder in Armut und Menschen in existenzieller Not in den Blick nehmen. Die Dringlichkeit von Problemen liegt allzu häufig im Auge der Betrachtenden oder sie sind vor allem bestimmt von der jeweiligen Lebenslage.
Aber es sind gerade die Sorgen um die materiellen und sozialen Lebensbedingungen, die bei vielen Menschen Ängste und Unsicherheiten bewirken. Die Sorge abzusteigen, wenig gewinnen, aber viel verlieren zu können, befördert ein vages Gefühl der Bedrohung. Und darüber droht wiederum der soziale Zusammenhalt zu schwinden.

Die Folgen hat der Soziologe Heinz Bude einmal so auf den Punkt gebracht: Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, verleugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche.

Eine kluge Zustandsbeschreibung: Angst kann zu Fehlwahrnehmungen führen, irrationalen Überlegungen Vorschub leisten, demokratische Partizipation schwächen und Ressentiments schüren. In diesem Zusammenhang ist es richtig und wichtig festzustellen, dass man die Ängste von Menschen, auch wenn sie einem selbst irreal vorkommen, trotzdem ernst nehmen muss. Das kann und darf aber keinesfalls bedeuten, sie sich zu eigen zu machen.

AFD IM AUFWIND – KLARE KANTE NOTWENDIG

Bedenklich ist, dass leider gerade populistische Parteien besonders gut darin sind, Ängste aufzugreifen und zu suggerieren, vermeintlich einfache Lösungen parat zu haben. Diese ließen sich in der Realität indes kaum umsetzen und brächten fatale Folgen nicht nur für die Demokratie.

Klar ist: Nicht alle, die die AfD wählen oder in Umfragen mit ihr sympathisieren und ihr damit Auftrieb geben, haben eine rechtsextreme Gesinnung. Das erklärt manches, entschuldigt aber nichts, denn die Partei, die sie wählen oder wählen wollen, betreibt anhaltend und offen nationalistische und rassistische Hetze, spaltet die Gesellschaft, bekämpft eine solidarische Gesellschaft und befeuert Hass und Ausgrenzung. Es ist dringend notwendig, der fortschreitenden Normalisierung der AfD entgegenzutreten. Es muss eine klare Brandmauer nach rechts gezogen werden. Eine Zusammenarbeit mit Politikern der AfD kann es heute und darf es auch künftig nicht geben.

Die von rechten Parteien propagierte Ausgrenzung stiftet auch sicher keinen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Um Menschen nicht dauerhaft an undemokratische Parteien zu verlieren, ist es essenziell, dass demokratisch Parteien die Ängste der Menschen wirklich zu verstehen versuchen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, müssen wir auf allen analogen und digitalen Kanälen zielgruppenspezifische Aufklärungsarbeit leisten – und zwar immer wieder. Wir müssen Politik besser erklären und direkt auf die Menschen zugehen.

KOMMUNEN ALS GARANTEN FÜR LOKALE DEMOKRATIE UND TEILHABE

Und hier kommt den Städten und Gemeinden als staatliche Ebene, die den Menschen am nächsten steht, eine wichtige Rolle zu: Eine starke Demokratie drückt sich nicht nur in Wahlen und Abstimmungen oder Rechten und Ansprüchen aus, sondern auch und insbesondere in sozialer Teilhabe am Gemeinwesen.

Das Sozialstaatsgebot ist ein verfassungsrechtlicher Auftrag. Die öffentliche Hand, also auch eine Stadt wie Erlangen, ist dazu verpflichtet, soziale Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Gerade die Kommunen haben in der Krise gezeigt, dass sie leistungsfähig sind und zuverlässig Probleme lösen.

Es geht in meinem Verständnis einer kommunalen Sozial- und Teilhabepolitik aber um mehr, als nur darum, – überspitzt gesagt – Ausfallbürge zu sein, soziale Leistungen zu gewähren oder Not und Elend abzufedern oder zu verwalten. Das Soziale darf heutzutage nicht mehr nur Reparaturbetrieb sein, sondern es muss auf eine gelingende Lebensführung zielen.

Es geht um Prävention und Vorsorge und darum, Sozialpolitik in der Kommune aktiv zu gestalten. Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ist dabei eines der zentralen strategischen Ziele.

Das Erlanger Sozialreferat folgt dabei einem Leitbild sozialer Gerechtigkeit, in dessen Mittelpunkt gleiche Teilhabechancen für Alle stehen. Jeder Mensch in Erlangen soll gleichwertige Chancen erhalten, am wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und bildungsbezogenen, gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Bezahlbarer Wohnraum in einem unterstützenden Wohnumfeld muss für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar sein. Dies erfordert auch strukturelle Entwicklungen und quartiersorientierte Handlungsansätze.

Ein erweiterter Auftrag zur Daseinsvorsorge liegt insbesondere auch darin, Menschen zu befähigen, ein gutes Leben eigenständig und selbstbestimmt zu führen und dieses mitzugestalten. Es geht darum, dass jede und jeder selbstverständlich alle Angebote und Strukturen in unserer Stadt nutzen kann – und das unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, finanzieller Situation oder persönlichen Einschränkungen. Das ist das zentrale Motiv des Mottos „Eine Stadt für alle“ das in Erlangen Chefsache ist. Dafür steht unser Oberbürgermeister Florian Janik und mit ihm die Partei und die Fraktion der SPD.

Das Angebot zur Teilhabe soll Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Staates vermitteln. Es ist ein Versprechen. Wer Unterstützung braucht, soll diese möglichst einfach und bedarfsgerecht bekommen. Wir verbessern dadurch die Bedingungen für die Möglichkeit zur Teilhabe. Und das ist gelebte Demokratie.

TEILHABEBERICHT DER STADT ERLANGEN ZEIGT HANDLUNGSBEDARFE

Um dafür möglichst alle Lebenslagen strategisch in den Blick zu nehmen hat das Sozialreferat zusammen mit dem Ratschlag für soziale Gerechtigkeit einen umfassenden Teilhabebericht erstellt. Unter dem Leitbild, dass Gerechtigkeit gleiche Chancen für alle Menschen bedeutet, zeigt der Teilhabebericht Problemlagen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse bei Themen wie Armut, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Wohnen, Pflegebedürftigkeit, bei sozialen Unterschieden in den Stadtteilen und bei Möglichkeiten der Mitwirkung auf.

Einige Beispiele sollen dies erläutern: 2015 hat die Stadt Erlangen auf Vorschlag der SPD den ErlangenPass eingeführt. Mit dem ErlangenPass können mittlerweile mehr als 6.000 Erlanger*innen, Bäder, Theater, Volkshochschulkurse und vieles mehr zu deutlich reduzierten Preisen nutzen.

Mobilität für Alle wird durch ein Sozialticket zum halben Preis gefördert. Wenn der Stadtrat nächsten Donnerstag zustimmt, kann mit dem Erlangen Pass ab September auch das Deutschlandticket für 19 Euro erworben werden. Mit der Einführung des ErlangenPass Plus werden auf Antrag der SPD-Fraktion bald auch Menschen Vergünstigungen erhalten, die wenig Geld verdienen, aber keinen Anspruch auf eine Sozialleistung haben.

Die Quartiersorientierung wird konsequent verfolgt: Die Beratung und Unterstützung für Menschen in sozial schwierigen Lebensumständen soll durch Angebote in den Wohnvierteln ausgebaut werden. Das Sozialamt wirkt mit am Aufbau von Nachbarschaftstreffs in Wohnvierteln. Es verstärkt die soziale Beratung und Unterstützung z.B. durch einen sozialpädagogischen Dienst für Erwachsene. Es entwickelt die Seniorenarbeit weiter, um wohnungsnah auf verschiedene Lebenslagen, Bedarfe, Bedürfnisse und Interessen der Menschen in ihrem Wohnumfeld mit Angeboten für soziale und kulturelle Teilhabe und für soziale Unterstützung zu reagieren.

Im Rahmen der „Sozialraumorientierung“ im Sozialamt wird auch die Flüchtlings- und Integrationsberatung verstärkt in den Stadtteilen vor Ort tätig werden. Auch die sozialpädagogische Beratung für Wohnungsnotfälle findet in Stadtteilen mit Notunterkünften für wohnungslose Menschen in sog. Verfügungswohnungen statt.

Wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen von Partizipation ausgeschlossen sind, werden ihre Interessen, Belange und Bedarfe weniger oder gar nicht berücksichtigt. Wenn davon regelmäßig ganze Gruppen oder Menschen in ähnlicher Lebenslage betroffen sind, ist dies eine

Form struktureller sozialer Ungerechtigkeit. Teilhabe setzt auch den Schutz vor Gewalt, Diskriminierung und bewusster Ausgrenzung voraus. Deshalb fördern wir ganz bewusst auch Einrichtungen wie das Frauenhaus, finanzieren freiwillig Integrationsprojekte und Sprachkurse und überlassen die Verwirklichung von Inklusion in der Stadtgesellschaft nicht dem Zufall.

TEILHABEGESTALTUNG UND TEILNAHMEERFAHRUNG ALS GARANTEN DER DEMOKRATIE

Inklusion heißt hierbei, Menschen willkommen zu heißen und niemanden auszuschließen. Inklusion heißt, sich auf vielen Wegen zu begegnen und auszutauschen, voneinander zu lernen, etwas zu bewegen und gemeinsam zu gestalten, sich miteinander zu vernetzen und Ressourcen zu entdecken. Je mehr Menschen mitmachen, desto mehr wird Inklusion vor Ort lebendig.

Exklusion schwächt hingegen den sozialen Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft. Zudem geht die Überzeugung der Menschen verloren, etwas im eigenen Interesse bewirken zu können. Diesen Entwicklungen gilt es gezielt entgegentreten. Demokratie kann nur erlernt werden, wenn sie auch gelebt wird. Sie braucht Gelegenheiten und Orte, an denen demokratische Verfahrensweisen erprobt und angewendet werden können. Im Sinne einer auf Erfahrung basierenden Demokratiebildung ist es unerlässlich, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene erleben, etwas bewirken zu können.

Es ist wichtig, dass sie in ihren Lebenswelten von Anfang an Gelegenheiten erhalten, mitzubestimmen, Veränderungen anzustoßen und Verantwortung zu übernehmen. Demokratie ist auf das kontinuierliche Engagement aller angewiesen, denn sie ergibt sich nicht von selbst, sondern muss kontinuierlich eingeübt und ausgehandelt werden. Deshalb veranstaltet die Stadt Erlangen im Herbst zum Beispiel einen großen Kinder- und Jugendgipfel.

AKTIVE BETEILIGUNG STIFTET ZUSAMMENHALT

Unser Gemeinwesen – das sind der Staat, das sind die Kommunen, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände und auch die, die in subsidiärer Weise an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken – dieses Gemeinwesen braucht einen angemessenen Anteil an dem, was in Deutschland an Reichtum erwirtschaftet wird.

Und auch wenn Erlangen in vielen Rankings als erfolgreiche und wohlhabende Stadt gilt: Es gibt auch Armut in Erlangen. Und auch hier droht vielleicht nicht sofort aber grundsätzlich die Gefahr, dass Kommunen ihrem öffentlichen Auftrag nicht mehr nachkommen können, die Gefahr des Verlustes politischer Steuerungsinstrumente, die Verarmung der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger Zunahme des privaten Reichtums – all dies droht sich in Zeiten der Krise zu verschärfen und schlägt auch auf die Städte durch.

Aus der Verantwortung für die betroffenen Menschen heraus, sind wir verpflichtet, den Verunsicherungen der Menschen und den sozialen Verwerfungen entgegenzusteuern. Die soziale und die ökologische Frage sind beides zentrale demokratische Fragen!

Wir müssen deshalb im Gespräch bleiben über soziale Gerechtigkeit und Demokratie in unserer Stadt und darüber, wie wir den Klimawandel gestalten – vor Ort und in unserem Land.

Gerade in Zeiten von Krieg und daraus resultierendem Misstrauen ist es wichtig, im Gespräch zu bleiben. So kann jeder von uns etwas dazutun, um Vorurteile zu überwinden und Konflikte zu entschärfen.

Wechselseitiges Kennenlernen und persönliche Kontakte sind unentbehrlich, damit Vertrauen aufgebaut und erhalten werden kann. Dieses Miteinander birgt die Chance, im Blick auf Andere zugleich auch das Bewusstsein für das Eigene zu schärfen.

Es offenbart einen größeren kulturellen Reichtum und es befruchtet den Verstand - wenn man denn bereit ist, aufeinander zuzugehen und einander zuzuhören.

Teilhabe kann auch anstrengend sein. Aber es lohnt sich. Für jede und jeden von uns und für die Demokratie.

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin“, schreibt Theodor W. Adorno, „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“

(Beitrag zum Geburtstagsempfang von Gisela Niclas)

SPORTFUNKTIONÄR UND SOZIALDEMOKRAT MIT LEIDENSCHAFT – EIN NACHRUF AUF WALTER FELLERMEIER (20.03.1941 – 25.08.2023)

Unser treuer Genosse Walter Fellermeier ist am 25. August im Alter von 82 Jahren verstorben. Für die großen Verdienste, die er sich um die SPD, sein Frauenaurach und den Erlanger Sport erworben hat, werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Walter wuchs in Niederbayern auf, doch als der gelernte Schriftsetzer wegen seiner Gewerkschaftstätigkeit unter Druck geriet, blieb er standhaft und wechselte 1962 lieber nach Erlangen, als seine Prinzipien aufzugeben. Hier fand er in Frauenaurach eine neue Heimat, wo er sich später mit Aurach-Druck selbstständig machte. Besonders im TSV Frauenaurach fand er schnell den Anschluss und wurde mit erst 28 Jahren zum Vorsitzenden gewählt. Dieses Amt füllte er bis 1992 aus und gestaltete dabei den Verein wie kein anderer: Walter war für die Anlage des Sportgeländes verantwortlich, für das er noch am Tag vor der Eingemeindung Frauenaurachs den Pachtvertrag schloss, und das später Schritt für Schritt ergänzt wurde. Unter seiner Ägide wuchs auch der Verein ganz beträchtlich: 1992 hatte sich die Mitgliederzahl verfünffacht! Nach seiner Amtszeit wurde er prompt zum Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzenden ernannt. Doch Walters sportliches Engagement blieb nicht auf Frauenaurach beschränkt, denn schon 1979 übernahm er den stellvertretenden Kreisvorsitz des Bayerischen Landessportverbands, von 2000 bis 2017 war er schließlich erster Vorsitzender.

Auch politisch war Walter viele Jahre lang für Frauenaurach aktiv. 1971 war er der SPD beigetreten, im Jahr darauf wurde er in den Ortsbeirat gewählt, dem er ganze 46 Jahre bis 2008 angehörte. Dabei war er ab 1978 auch Vorsitzender dieses Gremiums. Welche Anerkennung über alle Parteigrenzen hinweg er sich in diesem Amt erworben hatte, zeigt auch, dass er über viele Jahre zum Sprecher der Ortsbeiratsvorsitzenden gewählt wurde – obwohl er der einzige Sozialdemokrat unter ihnen war. Zu seinen großen Errungenschaften im Ortsbeirat gehören sicher der Bürgertreff und der Jugendclub, der Erhalt des historischen Ortskerns und des Amtshausschüpflas und das Verhindern einer Müllverbrennungsanlage. Bei allen Themen setzte sich Walter dabei für die Frauenauracher ein und scheute sich auch nie vor Kritik.

Für sein großes und vielseitiges Engagement wurde Walter häufig geehrt: der Ehrenbrief Sport der Stadt und die kommunale Verdienstmedaille des Freistaates, die Verdienstmedaille in Gold mit Brillanten des BLSV und schließlich auch die Bürgermedaille der Stadt Erlangen sind nur einige seiner Auszeichnungen.
Für sein herausragendes Wirken in Sport und Partei, in Frauenaurach, Erlangen und darüber hinaus werden wir Walter in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten.

VERANSTALTUNG MIT „VIEL LÄRM UM KIDZ“

VON SANDRA RADUE

Eine anregende Diskussion führten wir am 26. Juli mit der Initiative „Viel Lärm um Kidz“, die sich kürzlich gegründet hat, um auf Missstände bei der Kinderbetreuung hinzuweisen. Oberbürgermeister Florian Janik wies darauf hin, dass die Stadt Erlangen in hohem Maß in den Ausbau von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen investiert, dass aber das fehlende Personal eine große Herausforderung für die Stadt darstellt.

Gelungene Veranstaltung mit „Viel Lärm um Kidz“ zum Thema Missstände bei der Kinderbetreuung

Landtagskandidat Philipp Dees forderte eine Reform der BayKiBiG (Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz), um zu ermöglichen, flexibler Personal einsetzen zu können. Sophie Waldmann, Bezirkstagskandidatin führte aus, wie wichtig eine verlässliche Kinderbetreuung für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist. Daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Personal zügiger auszubilden, ausländische Abschlüsse schneller anzuerkennen und Personal von fachfremden Aufgaben zu entlasten. Auch eine bessere Bezahlung – insbesondere bereits in der Ausbildung – könnte dazu führen, dass sich mehr Menschen für einen Beruf in der Kinderbetreuung entscheiden.

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:
Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)
Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022

sparkasse-erlangen.de/giro

WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., 60. & 65. Geburtstag sowie ab dem 70. Lebensjahr im Monatsspiegel

04.09. Rainer Tanner
71 Jahre

05.09. Manfred Preuß
86 Jahre

06.09. Uwe Deckert
65 Jahre

09.09. Gertraude Stribel-Klek
62 Jahre

11.09. Jutta Prölß-Peter
66 Jahre

11.09. Ursula Karasek
79 Jahre

13.09. Gerd Burian
62 Jahre

14.09. Elke Joswig-Mai
63 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
89 Jahre

15.09. Hartmut Wiechert
83 Jahre

17.09. Julie-Kath Mildenberger
64 Jahre

18.09. Axel Röhrborn
84 Jahre

18.09. Walter Krumpholz
83 Jahre

19.09. Günter Kaspar
83 Jahre

20.09. Monika Fath-Kelling
67 Jahre

20.09. Siegfried Weber
72 Jahre

21.09. Norbert Schulz
72 Jahre

23.09. Joachim Jaeger
80 Jahre

24.09. Aliya Bohnsack
70 Jahre

25.09. Georg Kugler
79 Jahre

26.09. Wolfram Gerold
79 Jahre

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich zur nächsten

Kreismitgliederversammlung
am 21. September 2023, 20 Uhr
im Gasthof Güthlein,
Dorfstraße 14, 91056 Erlangen, ein.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Begrüßung der Neumitglieder
2. Aktuelles
3. Soziale Teilhabe als Grundlage einer gelingenden Demokratie – Input von Dieter Rosner, Sozialreferent der Stadt Erlangen mit anschließender Diskussion
4. Anträge
5. Berichte aus AGs, Distrikten, Stadtteil- und Ortsbeiräten und aus der Fraktion
6. Sonstiges

Munib Agha Sandra Radue

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

NEUES AUS DEM RATHAUS

DAS RATHAUSTELEGRAM

Liebe Leserinnen und Leser des Rathaustelegramms,

zum Beginn der Sommerferien noch einmal ein Rathaustelegramm, dass einige der Beschlüsse des letzten Stadtrates sowie aktuelle Themen zusammenfasst: das Deutschlandticket für 19 € für Inhaber:innen des ErlangenPasses kommt ab September und eine Verkehrsberuhigung für Eltersdorf kann endlich umgesetzt werden.

Barbara Pfister legt dar, in welcher Form die Stadt gegen Sexismus vorgeht und auch, weswegen das Thema ‚Männlichkeit(en)' weiterhin im Gespräch bleiben muss.

Zum ehemaligen Schwesternwohnheim in der Hindenburgstraße 5 - 7 ist viel zu lesen gewesen. Philipp Dees nimmt Stellung dazu, weswegen die SPD-Fraktion die Pläne des Uniklinikums unterstützt. Sandra Radue stellt vor, wie der Schulstandort Mönauschule gestärkt wird.

Darüber hinaus blicken wir zurück auf eine internationale Konferenz, auf der das ZAM vorgestellt wurde, sowie auf den Empfang zu Ehren von Gisela Niclas.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Ihre SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

DEUTSCHLANDTICKET FÜR ERLANGENPASS-INHABER:INNEN FÜR 19 EURO

In einem wegweisenden Schritt hat die SPD-Fraktion im Erlanger Stadtrat einen Antrag gestellt, der den Zugang zu Mobilität für alle ermöglichen soll.

Für Inhaber:innen des ErlangenPasses und des zukünftigen ErlangenPass Plus soll eine Ermäßigung des 49-Euro-Tickets auf nur 19 Euro realisiert werden. Ziel dabei ist es, jedem Menschen, unabhängig von sozialem Status, einen niederschwelligen und deutschlandweiten Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verschaffen.

„Mobilität ist längst mehr keine Frage des Luxus, sondern ein fundamentales Recht. Es ist ein zentraler Baustein für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit", erklärt Andreas Bammes, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Die Reduzierung des Ticketpreises auf 19 Euro wird dabei als Meilenstein betrachtet, um den Zugang zu Mobilität auf eine wirklich niederschwellige und für jeden wahrnehmbare Weise zu ermöglichen", ergänzt der Fraktionsvorsitzende Philipp Dees.

Der ErlangenPass hat sich bereits als wirksames Instrument zur Unterstützung einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Durch die Ermäßigung des deutschlandweiten 49-Euro-Tickets werden Inhaber:innen nun auch über die Stadtgrenzen hinaus in die Lage versetzt, an Bildungs- und Kulturangeboten teilzunehmen, Familie und Freunde zu besuchen oder vor allem beruflichen Verpflichtungen nachzugehen – und das ohne große finanzielle Einschränkungen.

Das bedeutet nicht nur eine Erhöhung der Lebensqualität für die Betroffenen, sondern auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Der ÖPNV wird als umweltfreundliches Verkehrsmittel gestärkt, was langfristig zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes und zur Verbesserung der Luftqualität insbesondere in der Stadt beiträgt.

Anknüpfend an den beispielhaften Vorstoß der Nachbarstädte Nürnberg und Fürth ruft die SPD-Fraktion weitere Städte dazu auf, diesen wichtigen Schritt zu unterstützen und dem Modell zu folgen. „Es ist eine Frage der sozialen Verantwortung, allen Menschen den Zugang zu Mobilität zu ermöglichen und somit gesellschaftliche Teilhabe zu fördern", betont Bammes.

Der Antrag für die Ermäßigung des 49-Euro-Tickets auf 19 Euro ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die SPD Erlangen sich aktiv für eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft einsetzt. „Unser Ziel ist es, dass alle Menschen unserer Stadt die gleichen Chancen erhalten, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Die Ermäßigung des Tickets ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, um diese Vision zu verwirklichen", erklärt Dees abschließend.

ERKLÄRUNG GEGEN SEXISMUS: WAS TUT DIE STADT KONKRET?

Zum 8. März 2022 hat Oberbürgermeister Florian Janik für die Stadt die bundesweite „Erklärung gegen Sexismus" unterzeichnet.

Vorangegangen war ein Antrag mehrerer Fraktionen auf Initiative der SPD-Fraktion, den der Stadtrat im Februar 2022 beschlossen hatte.

Als Unterzeichnerin dieser Erklärung handelt die Stadt nicht rein symbolisch, sondern verpflichtet sich zu aktivem Vorgehen gegen Sexismus in der Stadtgesellschaft wie in der Verwaltung. Der Bericht, der dazu nun vorgelegt wurde, zeigt auf, wie breit das Problemfeld bei der Stadt angegangen wird. Für den Bereich der Verwaltung reichen die Maßnahmen von Fortbildung über Beratung und eine Online-Broschüre bis zu einer Dienstvereinbarung, die derzeit überarbeitet wird.

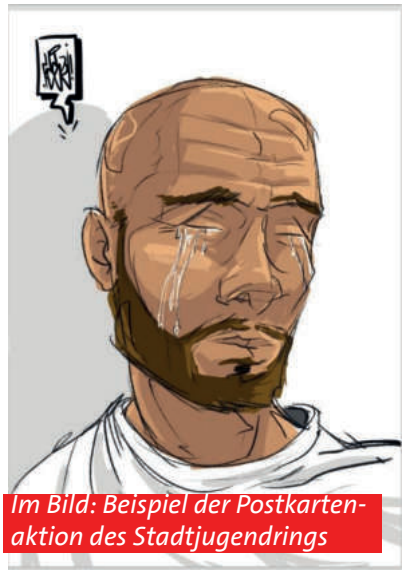
Die Aktionen, die auf die Sensibilisierung der Stadtgesellschaft abzielen, lesen sich im Bericht wie eine Auflistung der SPD-Anträge zu diesem Themenbereich: Sowohl die dort genannte Anlaufstelle für Mädchen* und Frauen während der Bergkirchweih also auch die Kampagne zu „Männlichkeiten(en)“ oder der Ausschluss von geschlechterfeindlicher Werbung durch einen neugefassten Vertrag zur Nutzung der Werbeflächen wurden durch SPD-Anträge angestoßen.

„Wir begrüßen den umfassenden Ansatz der Gleichstellungsstelle und die deutlichen Fortschritte in der Bekämpfung von Sexismus, für die wir uns weiterhin nachdrücklich einsetzen werden“, erklärte SPD-Sprecherin Barbara Pfister. „Bedauerlich finden wir es, dass auf die ebenfalls beantragte Aufforderung an Erlanger Institutionen, Verbände und Unternehmen, sich der Erklärung anzuschließen, bisher lediglich die Sparkasse aktiv geworden ist.“ Das Thema solle ihnen gegenüber von Vertreter*innen der Stadt weiterhin deutlich angesprochen werden.

MÄNNLICHKEIT(EN) MÜSSEN THEMA BLEIBEN!

Im vergangenen Jahr fanden aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion verschiedene Veranstaltungen und Aktionen statt.

Die vorherrschenden gesellschaftlichen Rollenbildern von Männlichkeit und deren negative Folgen für Frauen* wie für Männer* wurden



Im Bild: Beispiel der Postkartenaktion des Stadtjugendrings

dabei kritisch hinterfragt: u.a. mit einer Plakatkampagne („Männlichkeit entscheidest Du!“), auf Diskussionsveranstaltungen mit Vorträgen von Expert*innen, in Workshops in Schulen und mit einer Postkartenaktion des Stadtjugendrings. Auch auf dem Poetenfest war das Thema präsent, wo Boris von Heesen, Autor des Buches „Was Männer kosten“, die Belastung der Gesellschaft durch patriarchale Rollenbilder darstellte.

Über diese konkreten Schritte wurde jetzt – ebenfalls auf Antrag der SPD – im zuständigen Stadtratsausschuss berichtet. „Um Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, müssen wir auch die Auswirkungen der Geschlechterungleichheit auf Jungen und Männer* mit in den Blick nehmen, die durch ein Korsett von Rollenerwartungen und zugeschriebenen Eigenschaften in ihrer persönlichen Entfaltung behindert werden. Aufklärungs- und

Im Bild: Beispiel der Postkartenaktion des Stadtjugendrings

Öffentlichkeitsarbeit der Stadt kann dazu beitragen, diese überkommenen Bilder aufzubrechen“, erklärte SPD-Sprecherin Barbara Pfister. „Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Gleichstellungsstelle ihre Arbeit in diesem Themenfeld weiterführen wird. Wir werden dies auch künftig unterstützen – bei Bedarf auch mit Haushaltsanträgen.“

WIR STÄRKEN DEN SCHULSTANDORT MÖNAUSCHULE

Die Hermann-Hedenus-Mittelschule leistet im Westen Erlangens hervorragende Bildungs- und Integrationsarbeit.

Mit dem gebundenen Ganztag und einer Ausweitung von Deutschklassen zum letzten Schuljahr können Kinder- und Jugendliche sehr differenziert gefördert werden. Gerade für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache und / oder schwierigen sozialen Lagen ist dies besonders wichtig. Diese Kinder haben wir als SPD-Fraktion besonders im Blick.

Leider ist die Schulfamilie bisher auf zwei Standorte verteilt und wünscht sich schon lange die Einhäusigkeit an einem Standort. Wenn Lehrkräfte nicht mehr zwischen den beiden Häusern pendeln müssen, bleibt mehr Zeit für Förderung und Differenzierung und das Zusammenwachsen als Schulfamilie wird deutlich erleichtert.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt: Durch den Umzug der Klassen der Mittelschule am Schulstandort West werden dort Räume für die Hermann-Hedenus-Grundschule frei. Hier wünscht man sich schon lange eine Entlastung, da durch den Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter ab 2025 ein höherer Raumbedarf für Mittagsbetreuung und gebundenen Ganztag gesehen wird.

Darauf haben wir reagiert und eine Machbarkeitsstudie dazu beantragt. Im Rahmen des ISEK-Prozesses wurde auch untersucht, wie die Schule in den Stadtteil hineinwirken kann,

um eine gute Verzahnung mit Einrichtungen der Jugendhilfe zu erreichen. Dazu bietet sich besonders der Standort Büchenbach Nord an. Um eine erste Entlastung und zusätzliche Räumlichkeiten für das Ganztagsangebot zu schaffen, werden nun in einem ersten Schritt mobile Raumeinheiten aufgestellt. Im Anschluss wird zusammen mit der Schulfamilie ein Beteiligungsverfahren durchgeführt, um die Neuordnung von Räumen und die Sanierung des Gebäudes ganz an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zu orientieren.

ZUM EHEMALIGEN SCHWESTERNWOHNHEIM HINDENBURGSTRAßE 5 - 7

In den vergangenen Jahren hat ein intensiver Austausch mit dem Universitätsklinikum über die künftige Nutzung des Gebäudes und auch bauliche Alternativen stattgefunden.

Sanierung und Neubau keine Optionen

Dabei hat das Universitätsklinikum überzeugend dargestellt, dass eine Sanierung des Gebäudes für Wohnzwecke nicht wirtschaftlich durchzuführen ist und zu Mieten führen würde, die über denen vergleichbarer Neubauten liegt. Momentan haben die Appartements keine eigenen Bäder und Küchen, vorhandene Versorgungsleitungen sind marode. Für eine Sanierung der Wasserversorgung und den Einbau von Bädern und Küchenzeilen in die Appartements, müssten bisherige Appartements zusammengelegt werden, um angemessene Wohnflächen zu erreichen. Weil die Statik des Gebäudes aber ein Entkernen nicht zulässt, sondern nur das teilweise Entfernen der Raster, würde sich die Zahl der Appartements mehr als halbieren (mit dann eher zu großer Wohnfläche für Ein- oder Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen). Der Aufwand für den Einbau komplett neuer Wasser-Stränge, die statischen Eingriffe für das Zusammenlegen der Appartements etc. ist finanziell nicht darstellbar und würde zu nicht mehr akzeptablen Mieten führen

Aber auch ein Abriss und Neubau ist keine Alternative. Mit dem Abriss würde der Bestandsschutz des bestehenden Gebäudes entfallen und in Folge wären bei einem Neubau die Baulinien des Bebauungsplans einzuhalten. Ein Neubau müsste erheblich kleiner ausfallen, viel mehr als 30 Appartements dürften kaum unterzubringen sein. Daher ist ein Abriss und Neubau baurechtlich keine vernünftige Option.

Das Universitätsklinikum hat bereits in den letzten Jahren in eine größere dreistellige Zahl von Beschäftigtenwohnungen investiert und wird dies auch in den kommenden Jahren tun. Diese Wohnungen befinden sich zwar nicht in fußläufiger Entfernung zum Universitätsklinikum, aber durchaus so, dass sie sowohl mit dem Fahrrad als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut angebunden sind.

Ortsnahe Gebäudetechnik und IT

Das Klinikum hat außerdem begründet, warum es in der unmittelbaren Nähe der Kliniken weitere Flächen für kliniknahe Dienstleistungen benötigt. Insbesondere die Gebäudetechnik und die IT müssen für kurzfristige Wartungs- und Reparaturaufgaben vor Ort verfügbar sein und sollten deshalb in unmittelbarer Nähe der Kliniken platziert sein. Alternative Standorte für einen solchen Servicebau sind zumindest mittelfristig in unmittelbarer Nähe der Kliniken nicht verfügbar, der Bedarf lässt ein Abwarten bis zum Freiwerden alternativer Flächen (bisherige Philosophische Fakultät frühestens Anfang der 2030er Jahre, bisherige Frauenklinik frühestens Ende der 2030er) nicht zu. Auch von daher ist es begründet und nachvollziehbar, das bisherige Wohnheim nicht mehr als solches zu nutzen.

Das Universitätsklinikum hat schlüssig dargelegt, dass es bei den vorhandenen knappen Flächen für seine Entwicklung ein Nutzungskonzept verfolgen muss, das Wohnnutzung an dieser Stelle nicht mehr möglich macht. Der Stadtrat hat bei der Beschlussfassung über die Masterplanung des Universitätsklinikums erst in diesem April zum Ausdruck gebracht, dass sie das Universitätsklinikum in dieser Konzeption unterstützen.

Mit diesen Aspekten haben wir uns in der SPD-Fraktion bereits über mehrere Jahre auseinandergesetzt. In der Abwägung kommen wir zu dem Ergebnis, das Universitätsklinikum in seinen Planungen zu unterstützen.

Philipp Dees, Sprecher für Wohnen und Bauen resümiert: „Sicherlich: In der besten aller Welten, ohne ökonomische, flächenmäßige oder andere Restriktionen würde man die Wohnnutzung an dieser Stelle erhalten und die Bedarfe des Klinikums trotzdem erfüllen können. Die Welt ist aber nun mal nicht perfekt, und die Restriktionen, unter denen das Klinikum steht, tatsächlich gegeben. Unter diesen Bedingungen ist die vom Klinikum angestrebte Lösung mit gewerblicher Nutzung in der Hindenburgstraße und Schaffung von Wohnungen an anderen Stellen, die beste Lösung.“

VERKEHRSBERUHIGUNG FÜR ELTERSDORF KOMMT – OHNE NATUREINGRIFF

Die Verkehrsberuhigung in Eltersdorf kommt – dies konnte nun im Stadtrat beschlossen werden.

Im Bild: Übersichtskarte Umstufungskonzept
Quelle: Stadt Erlangen

Seit Jahren leiden die Eltersdorferinnen und Eltersdorfer unter der massiven Belastung auf ihrer Ortsdurchfahrt, die als Staatsstraße 2242 eingestuft ist. „Jahrelang hieß es, eine Verkehrsberuhigung der Eltersdorfer Straße mit entsprechenden baulichen Maßnahmen und Beschränkungen sei rechtlich aufgrund des Status einer Staatsstraße nicht möglich. Umso erfreulicher ist es, dass es nun die Möglichkeit der Verlagerung der Staatsstraße auf die A73 gibt und wir diese jetzt beschließen konnten“, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Richter.

Der Fraktionsvorsitzende Philipp Dees ergänzt: „Damit erhalten die Anwohner:innen in Eltersdorf endlich die schon lange nötige Entlastung von Lärm und Abgasen. Mit den sich in der Umsetzung befindenden Plänen der Bundesregierung wird dann auch Tempo 30 auf der Eltersdorfer Straße möglich werden. Das werden wir ebenso angehen.“

Für die SPD war die Entlastung der Eltersdorferinnen und Eltersdorfer immer das Entscheidende. „Daher hätten wir auch die Umgehungsstraße mitgetragen, auch wenn der Bau neuer Straßen nicht mehr zeitgemäß ist. Der erhebliche Eingriff in die Natur wird nun aufgrund der Artenschutzbedingungen vermieden – eine Win-Win-Situation“, erläutert Richter.

DAS ZAM ALS „DRITTER ORT“ – VORSTELLUNG AUF INTERNATIONALER KONFERENZ IN MONTPELLIER

Das „Zentrum für Austausch und Machen“ im alten Greiner-Haus vernetzt sich mit ähnlichen Einrichtungen in ganz Europa.

Zu einer Konferenz im südfranzösischen Montpellier über „Dritte Orte für die EU“ reiste Mitte Juni auch ein dreiköpfiges Team aus Erlangen – Julian Hammer als ZAM-Geschäftsführer, Anne Reimann als Chefin des Kulturamts und Dr. Clemens Heydenreich, SPD-Fraktionssprecher für Soziokultur und Ehrenamt, als Mitglied des Stadtrats.

„Dritte Orte“ oder „Third Places“

Mit diesem noch recht jungen Begriff sind öffentliche Kulturorte gemeint, an denen sich Menschen nachbarschaftlich treffen, wohlfühlen und austauschen können – ohne Konsumzwang oder sonstige Hürden, dafür mit allerlei Angeboten aus Technik und Kunst, um Neues auszuprobieren und Wissen zu teilen.

Ein ‚Dritter Ort‘ in Montpellier: Ein Quartierszentrum in einem Vorort, das die Bürger:innen beim Wandel ihres Stadtteils mitnimmt.
Quelle: privat

In Montpellier tauschten sich über 300 Vertreter:innen solcher Orte drei Tage lang über ihre Erfahrungen, Ziele und Probleme aus und bildeten dabei ab, wie bunt die Landschaft ihrer Projekte ist: vom Biobauernhof in Griechenland mit angeschlossener Tiny-House-Siedlung über das „Fab-Lab“ in einer alten Fahrradfabrik in Slowenien bis hin zur Bibliothek in Norwegen, die nicht nur Bücher ausleiht, sondern auch Werkzeug und Pflanzensaaten.

Ihre Ziele sind verwandt, ihre Bedingungen unterschiedlich: Um einen Verein zukunftsfest zu machen, braucht es organisatorisches Wissen, und um den Ort seines Angebots in der Nachbarschaft zu verwurzeln, braucht es Kooperationspartner. Und da auch ehrenamtlicher Idealismus Geld kostet, das eingespielt werden will – oft in einem Mix aus öffentlicher Förderung und eigenhändiger Refinanzierung etwa durch Raummieten oder Workshops –, braucht es auch politischen Rückenwind. Der französische Staat – anders als bislang der deutsche – finanziert „Dritte Orte“ sehr bewusst und freigiebig als Infrastrukturhilfe für ländliche Regionen. Auch auf EU-Ebene ist der Förderwille groß, bietet aber keine Dauer-, sondern nur projektbezogene Hilfen, die einem Verein oftmals mehr bürokratischen Aufwand als handfesten Ertrag bereiten.

Delegation aus Erlangen

Auf denkbar großes Interesse stieß in der internationalen Runde das Beispiel des kommunal geförderten Erlanger ZAM, bei dem der Betreiberverein tatkräftige Hilfe und Beratung vom Kulturreferat erhält und ein Haus in zentraler Lage bespielen darf. Dass der Stadtrat den Ankauf dieses Hauses und den Kooperationsvertrag zwischen Stadt und ZAM beherzt unterstützt hat, verdankt sich nicht zuletzt der treibenden Überzeugungsarbeit unserer Kulturreferentin Anke Steinert-Neuwirth, unseres OB Florian Janik und der SPD-Fraktion.

Die Erlanger Delegation und Teilnehmer:innen der Konferenz in Montpellier.
Quelle: privat

Julian Hammer, Anne Reimann und Dr. Clemens Heydenreich stellten das Projekt im Rahmen eines Podiumstalks vor: „Wir fielen schon allein dadurch positiv auf, dass wir als Dreierteam dabei waren“, so Heydenreich, „und somit vorgeführt haben, wie sehr der Verein, die Verwaltung und die Politik bei uns in Erlangen an einem Strang ziehen.“

EMPFANG ZUM 75. GEBURTSTAG VON GISELA NICLAS, EINER ENGAGIERTEN KÄMPFERIN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

Anlässlich ihres 75. Geburtstag wurde für Gisela Niclas im Juli ein Empfang im Redoutensaal ausgerichtet.

Gisela war über 30 Jahre lang Stadträtin, 6 Jahre zweite Bürgermeisterin und Sozialreferentin, 12 Jahre Fraktionsvorsitzende, 15 Jahre Bezirksrätin in Mittelfranken, viele Jahre Vorsitzende des ASB Erlangen und der Naturfreunde Erlangen. 2022 hat sie die kommunale Verdienstmedaille in Silber vom bayerischen Innenminister erhalten. Dies sind nur einige Stationen ihrer politischen Laufbahn und ihres vielfältigen Engagements.

Florian Janik, der in die Fraktion gewählt wurde, als Gisela Niclas Fraktionsvorsitzende war, erinnert sich: „Wenn wir miteinander Gespräche geführt haben, hatte sie häufig mehrere Unterlagen mit mehreren Missionen und Rollen dabei. Immer gut durchdacht, gut vorbereitet und dennoch offen für andere Meinungen und Vorschläge. Es zeichnet Gisela aus, dass sie alles im Blick behält und Verbindungen herstellt, wo vorher keine oder keine mehr waren.“

Gisela hat sich stets dafür eingesetzt, den Blick der Kommunen, vor allem aber der Menschen vor Ort, nicht zu vergessen. Als Praktikerin mit sozialdemokratischem Kompass und klarem Blick für das Machbare war sie nicht nur in der SPD als Ansprechpartnerin gefragt, sondern auch in den Fachgremien des Städtetages.

2016 wurde auf maßgebliches Betreiben von Gisela Niclas hin der ErlangenPass eingeführt. Dazu der Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Der ErlangenPass trägt ganz klar Giselas und damit eine sozialdemokratische Handschrift. Es geht darum, Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Teilhabe am kulturellen Leben, an Freizeitangeboten und am Zusammenleben in unserer Stadt. Wenn wir den ErlangenPass weiterentwickeln und ihn auch Menschen zugänglich machen, die mit einem geringen Einkommen ebenfalls von vielen Möglichkeiten ausgeschlossen bleiben, dann setzt es die von Gisela entwickelte Idee konsequent fort.“

Giselas Wunsch folgend hielt der Sozialreferent der Stadt Erlangen, Dieter Rosner, eine Rede mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe als Voraussetzung für die Sicherung von Demokratie“. Dem Thema ist er anhand folgender Fragen nachgegangen: Wie wirken sich die aktuellen Krisen auf die sozialen Lebensverhältnisse aus? Was bedeutet das für Stimmung und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? Und was haben Zusammenhalt und Gerechtigkeit mit Demokratie zu tun? Die Rede kann auf der Homepage der SPD-Fraktion oder im letzten Monatsspiegel nachgelesen werden.

Eindrücke vom Abend
Quelle: privat

Gisela hat mit kühlem und vor allem klugen Kopf Vereine durch schwierige Zeiten gesteuert. Für all ihre Anliegen hat sie sich stets mit Herzblut eingesetzt. Nach den vielen intensiven Jahren wird Gisela mit der Landtags- und Bezirkstagswahl im Oktober diesen Jahres das Amt als Bezirksrätin aufgeben.

Ein herzliches Dankeschön für dein herausragendes Engagement über so viele Jahre, liebe Gisela!

Wir gratulieren von Herzen gratulieren zum 75. Geburtstag!

WAHLAUFRUF - ZWEITSTIMME FÜR KANDIDIERENDE WICHTIG

VON CHRISTIAN PECH

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nun geht es in die heiße Phase des Wahlkampfes und uns allen muss bewusst sein, dass wir es nur gemeinsam – Stadt Erlangen und Landkreis Erlangen Höchstadt – schaffen werden, Kandidatinnen und Kandidaten in den Landtag und in den Bezirkstag zu senden.
Das bayerische Wahlsystem macht auch Überraschungen möglich, aber hierzu sind die Zweitstimmen für die Kandidierenden essenziell!

Schon ein paar hundert Zweitstimmen mehr oder weniger, können darüber entscheiden, ob die Kandidierenden aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt gewählt werden oder andere Kandidierende aus anderen Regionen Mittelfrankens.

Bei der letzten Landtagswahl haben im Stimmkreis Erlangen (mit Möhrendorf und Heroldsberg) 8205 Menschen mit der Zweitstimme die SPD gewählt.

Davon haben aber nur etwa die Hälfte (4139) ihre Zweitstimme an Alexandra Hiersemann gegeben. Würde es uns gelingen, das Zweitstimmenpotenzial der SPD in Erlangen auf unsere jeweils beworbenen Zweitstimmenkandidatinnen und -kandidaten zu konzentrieren, würden wir die Chancen unserer Kandidierenden schon enorm erhöhen.

Christian Pech: Kandidat für die Bezirkstagswahl im Landkreis Erlangen-Höchstadt

Daher bitte ich euch, die Wählerinnen und Wähler, die ihr ansprecht, auf die Wichtigkeit der Zweitstimme hinzuweisen.

Nach diesen theoretisch-strategischen Ausführungen nur noch kurz mein persönlicher Appell:
Nach dem Ausscheiden von Gisela Niclas aus dem Bezirkstag brauchen wir unbedingt wieder eine Vertretung der SPD im Bezirkstag Mittelfranken. Vor allem die anstehenden Veränderungen am Bezirksklinikum müssen dringend in unserem Sinne mitgestaltet werden.

Aber unsere Region braucht wieder Kümmerer, die sich im Bezirk zu gunsten der vielen Einzelfälle von hilfesuchenden Menschen und Institutionen aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt einsetzen.

Dies möchte ich für euch sein!

Ich bin überzeugt: Durch meine langjährige kommunalpolitische Erfahrung im Kreistag, aber auch durch meine Arbeit als Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes in Erlangen und Erlangen-Höchstadt bringe ich etliche Voraussetzungen für diese Arbeit mit, die mir gerade als Sozialdemokrat besonders wichtig ist.

Ich bitte euch um eure Zweitstimme und auch darum, dass Ihr möglichst viele Menschen ansprecht, mir diese auch zu geben!

Mit herzlichen Grüßen –
Freundschaft

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten Monatsspiegel Oktober 2023

24. September 2023

„WIR HANDELN #MITEINANDERFÜREINANDERERLANGEN“

RATSCHLAG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT ORGANISIERT DRITTE SOZIALMEILE

VON WOLFGANG NICLAS

Erlangen ist eine wohlhabende Kommune – doch nicht alle Bürger*innen profitieren von dem hohen Lebensstandard. Wo in der Hugenottenstadt soziale Schieflagen bestehen und welche Lösungsmöglichkeiten es gibt, darüber informiert und diskutiert der „Erlanger Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“ am 16. September auf dem Erlanger Schlossplatz. Mit über 20 Infoständen sozialpolitischer Organisationen und Einrichtungen sowie einem zentralen Bühnenprogramm sollen die Forderungen nicht zu übersehen sein.

Viele Erlanger*innen schlendern samstagvormittags gemütlich über den Markt auf dem Schlossplatz, gehen in die Stadtbibliothek oder entspannen in einem Café. Das nutzt der Ratschlag für soziale Gerechtigkeit, ein Bündnis von über 50 Organisationen, und ist von 9 Uhr bis 15 Uhr präsent. Im Rahmen der Sozialmeile verdeutlichen teilnehmende Verbände dabei ihre Forderungen durch beeindruckende Aktionen wie „Dosenwerfen gegen hohe Mieten“, einem „Alters-Simulations-Anzug“, einem „Glücksrad-Ratespiel mit Gewinnchance“, Kinderschminke oder dem „Wünschewagen“ des ASB.

Zentraler Bestandteil des Events ist außerdem der im März vom Sozialreferat veröffentlichte „Teilhabebericht Erlangen 2022“, den der Ratschlag miterstellt hat. Der Bericht bildet die Grundlage für die kommunale Sozialpolitik der nächsten Jahre – und ist aus diesem Grund ausschlaggebend wichtig. Der Ratschlag will die Umsetzung der erarbeiteten Strategien kritisch begleiten und falls nötig, einfordern. Im Rahmen des zentralen Bühnenprogramms wird der Erlanger Sozialreferent, Dieter Rosner, die Grundlagen des Erlanger Vorgehens erläutern.

Ein weiterer Höhepunkt wird eine 30-minütige Diskussion mit den Erlanger Kandidat*innen der demokratischen Parteien für den Mittelfränkischen Bezirkstag sein – viele sozialpolitische Entscheidungen fallen auf der Ebene des Bezirks.

Große Organisationen wie Caritas und Diakonie, DGB, Lebenshilfe, VdK und ZSL werden mit Infoständen ebenso vertreten sein, wie die Kontaktstelle für Arbeitslose, das Zentrum für Alleinerziehende, die Tafel und die Kultur-Tafel, Stadtjugendring, Seniorenbeirat, Ausländer*innen und Integrationsbeirat und mehr als ein Dutzend weitere Einrichtungen und Organisationen.

Wann:
Samstag, 16. September 2023,
von 9 Uhr bis 15 Uhr

Wo:
Schlossplatz Erlangen

Wer:
Der Ratschlag für Soziale Gerechtigkeit handelt nach dem Motto „der Armut ein Gesicht geben“ und versteht sich als Beratungs- und Koordinationskreis von 50 sozialpolitisch aktiven Organisationen. Das Ziel ist die Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit auf örtlicher Ebene.

Ansprechpartner:
Wolfgang Niclas
Sprecher „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“
www.ratschlag-erlangen.de
wolfgang.niclas@gmx.de
0171 3028254

DAS EU-RENATURIERUNGSGESETZ

VON STEFAN BARTH
(TEILS VON DER WWF-STIFTUNG ENTNOMMEN)

Europa hat kaum noch intakte Natur und die wenigen Überbleibsel sind oft stark bedroht. Dabei ist dies die Grundlage für unser aller Leben: Sauberes Wasser und Luft, Lebensmittel und der Schutz vor Naturkatastrophen hängen stark davon ab, dass die biologische Vielfalt auf unserem Kontinent gestärkt wird. Die EU-Kommission hat mit dem EU-Renaturierungsgesetz (EU Nature Restoration Law) einen extrem wichtigen und grundsätzlich guten Vorschlag gemacht, wie wir Europas Natur wieder mehr Leben einhauchen können. Im EU-Parlament haben in den letzten Wochen und Monaten vor allem die konservativen und rechten Fraktionen gegen den Gesetzesentwurf gekämpft.

Am 12. Juli hat das Europäische Parlament trotz dieser beispiellosen – und oft geradezu absurden – Desinformationskampagne von konservativen und rechten Politiker:innen für das Gesetz zur Naturwiederherstellung und den EU Green Deal gestimmt.

Dieser Sieg hatte jedoch seinen Preis: Um einen Kompromiss zu erreichen, opferten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments viele entscheidende Verpflichtungen und Ziele und endeten mit einer Position, die deutlich schwächer ist als der ursprüngliche Vorschlag der Kommission.

Insbesondere strich das Parlament den vorgeschlagenen Artikel über die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Flächen, zu denen auch die Renaturierung von Torfgebieten gehört, und verzichtete somit auf einen wesentlichen Hebel zur Steigerung der Kohlenstoffbindung Europas und zur Bekämpfung der intensiven Landwirtschaft als Hauptursache für den Verlust der Biodiversität. Die Natur „funktioniert“ nur dank der großen Biodiversität. Sie ist der Antriebsmotor, der alle wesentlichen Lebensvorgänge am Laufen hält.

Darüber hinaus verabschiedete das Parlament eine Änderung, die die Umsetzung des Gesetzes so lange aufschieben würde, bis eine Bewertung des Gesetzes über die Ernährungssicherheit Europas durchgeführt worden ist – eine Reaktion auf die Panikmache, die von EVP-Chef Manfred Weber sowie den rechtsextremen Gruppen durchgeführt wurde.

Mit diesem Stand geht das Gesetz als nächstes in den „Trilog“, also die Verhandlung zwischen EU-Parlament, EU-Kommission und EU-Rat. Hier kann und muss es wieder deutlich nachgebessert werden.

Man sollte ja meinen, dass die sog. Christlichen Parteien aus CDU/CSU für den Erhalt der Schöpfung Gottes stimmen würden, doch das Gegenteil war der Fall, sie haben, angeführt von Manfred Weber (CSU), für den Profit und gegen die Renaturierung gestimmt.

WWF-KAMPAGNE ZUR RETTUNG EUROPAS NATUR

Dass wir diese Chance noch haben – und das Gesetz im Parlament nicht komplett abgelehnt wurde – ist dem Erfolg einer starken öffentlichen Mobilisierung zur Verteidigung des Gesetzes und zur Bekämpfung der Fake News zu verdanken. Dank Menschen wie Ihnen konnte WWF deutlich mehr als 1,1 Millionen Unterschriften und Botschaften für die EU-Abgeordneten sammeln. Mehr als 6.000 Wissenschaftler:innen, mehr als 100 Unternehmen, ein breites Bündnis von Glaubensgemeinschaften und der Zivilgesellschaft aus zahlreichen Sektoren unterstützten das Gesetz.

Danke an alle, die dafür gekämpft haben! Wir fordern nun alle EU-Institutionen auf, die Trilog-Verhandlungen konstruktiv zu nutzen, um ein abschließendes Gesetz zu gewährleisten, das geeignet ist, die globale Klima- und Biodiversitätsnotlage zu bewältigen.

WARUM DAS NATURE RESTORATION LAW DER EU SO WICHTIG IST

In Europa sind bereits 81 Prozent der geschützten natürlichen Lebensräume in einem schlechten Zustand. Dies bedeutet, dass die Natur entweder zerstört oder beeinträchtigt ist sowie ihre ökologische Funktionalität oftmals stark reduziert wurde. Der schlechte Zustand der Natur bedeutet einen dramatischen Verlust an Artenvielfalt. Pflanzen, Tiere und andere Organismen, die von diesen Lebensräumen abhängig sind, sind gefährdet oder verschwinden sogar.

Dies wirkt sich negativ auf den gesamten natürlichen Kreislauf aus, einschließlich der Nahrungsketten, der Bestäubung von Pflanzen durch Insekten, der Filterung von Wasser durch Feuchtgebiete und der Regulierung des Klimas durch Wälder. Dies hat Auswirkungen auf die Stabilität und Resilienz der Ökosysteme.

Die Erderhitzung hat hierbei gleich doppelte Bedeutung: Zerstörte Natur kann auch die Klimakrise verstärken. Intakte Ökosysteme spielen eine wichtige Rolle bei der Speicherung von Kohlenstoff und

der Regulation des Klimas. Wenn diese Ökosysteme geschädigt sind, werden weniger Treibhausgase absorbiert und die Anfälligkeit für extreme Wetterereignisse wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme nimmt zu.

EIN GESETZ, UM DIE NATUR ZURÜCKZUHOLEN

Das Nature Restoration Law ist ein Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission, das darauf abzielt, geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen und den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen. Es ist ein zentraler Bestandteil des European Green Deal, einer Initiative der EU zur Förderung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Die Ziele des Gesetzes lassen sich zum Beispiel durch die Wiedervernässung von Mooren, die Renaturierung von Flussauen, den Umbau von Wäldern zu vielfältigeren Mischwäldern und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Natur erreichen. Die EU-Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur umzusetzen.

Ein wirkungsvolles EU Nature Restoration Law hätte viele positive Effekte. Durch die Wiederherstellung der Natur werden neue Arbeitsplätze geschaffen, insbesondere in Regionen, in denen die Umwelt zerstört wurde. Naturrestaurierung kann beispielsweise zu einem Anstieg der Beschäftigungsmöglichkeiten im Tourismussektor führen. Die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen und die Unterstützung von nachhaltigen Wirtschaftszweigen trägt zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung bei.

VON EINER GESUNDEN NATUR PROFITIEREN MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Der Zugang zur Natur wirkt sich positiv auf die physische und psychische Gesundheit von uns Menschen aus. Eine gesunde Natur bieten Möglichkeiten für Bewegung, Erholung und Stressabbau. Die Verringerung von Luftverschmutzung und Lärmbelästigung in Städten durch die Schaffung von Stadtnatur trägt zur Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bevölkerung bei.
Die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme, insbesondere von Wäldern, spielt eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Klimakrise. Wälder sind Kohlenstoffsenken und können erhebliche Mengen an Treibhausgasen aus der Atmosphäre aufnehmen und speichern. Durch die Wiederherstellung von natürlichen Wäldern und die Förderung der Biodiversität wird die Kohlenstoffbindung erhöht und die Resilienz*) der Ökosysteme gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels gestärkt.

**) Resilienz (von lateinisch resilire «zurückspringen» «abprallen») oder psychische Widerstandsfähigkeit: Die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen und sie durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen als Anlass für Entwicklungen zu nutzen (Quelle: wikipedia.org).*

AUS DEN DISTRIKTEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

DISTRIKT WEST

Vorsitzende
Katrin Hurle
Felizitas Traub-Eichhorn
katrin9290@googlemail.com
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im September findet keine reguläre Distriktsitzung statt. Stattdessen wollen wir

am Mittwoch, den 20.09.

eine Wahlkampftour mit Fahrrädern durch den Stadtwesten unternehmen.

Treffpunkt ist um 18:00 Uhr am Sparkassenweiher in Alterlangen

(Ecke Kosbacher Damm - Schallershofer Straße).

Wir werden unsere Fahrräder mit Wahlplakaten etc. dekorieren und dann durch den Westen radeln - bei gutem Wetter machen wir evtl. auch einen Stop bei einer Eisdiele.

Wir freuen uns über zahlreiche Beteiligung.

Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

DISTRIKT OST

Vorsitzender
Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir euch zur ersten Distriktsitzung nach der Sommerpause

am Dienstag, den 19. September, um 19 Uhr in der Kitzmann Bräuschänke (im Biergarten, Südliche Stadtmauerstraße 25)

einladen! Wir freuen uns auf euch :-)

Bitte meldet euch bei Fragen oder Rückmeldungen per Mail:
schaefer-erlangen@web.de und
felix.klingert@gmail.com

Solidarische Grüße,
Silvia und Felix

Weitere Termine 2023 im Überblick:
- 17. Oktober, 19 Uhr: Distriktsitzung mit Vortrag zu psychischen Erkrankungen (Pizzeria Romano)
- November: Jahreshauptversammlung mit Wahlen

Viele Grüße,
Felix

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender
Rolf Schowalter
RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 13.09.2023, 19.30 Uhr, Schlossgaststätte, Schlossgasse 7

Tagesordnung:
1) Berichte
2) Aktuelles: zur politischen Lage
3) Wahlkampfaktivitäten
4) Halbzeitbilanzen (Stadtrat, Ortsbeirat, Distrikt)
5) Innenstadtkonzeptionen
6) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Treffen im Oktober:
Mittwoch, 11.10., 19.30 Uhr,
Treffen im November:
Mittwoch, 08.11.

Absender:
SPD-KV Erlangen
Friedrich-List-Str. 5 - 91054 Erlangen

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

ETIKETT
FÜR EMPFÄNGER*IN

Ratschlag für soziale Gerechtigkeit

Wir handeln #MiteinanderFüreinanderERLANGEN

3. Sozialmeile

33 Organisationen
25 Infostände
8 Mitmachstationen
1 ZentraleBühne

Programm & mehr

16. September 2023
Von 9 bis 15 Uhr
Schlossplatz
Erlangen

V.i.S.d.P.: Wolfgang Niclas, Ungarnstr. 13, 91056 Erlangen